

18. September 2014, von Michael Schöfer

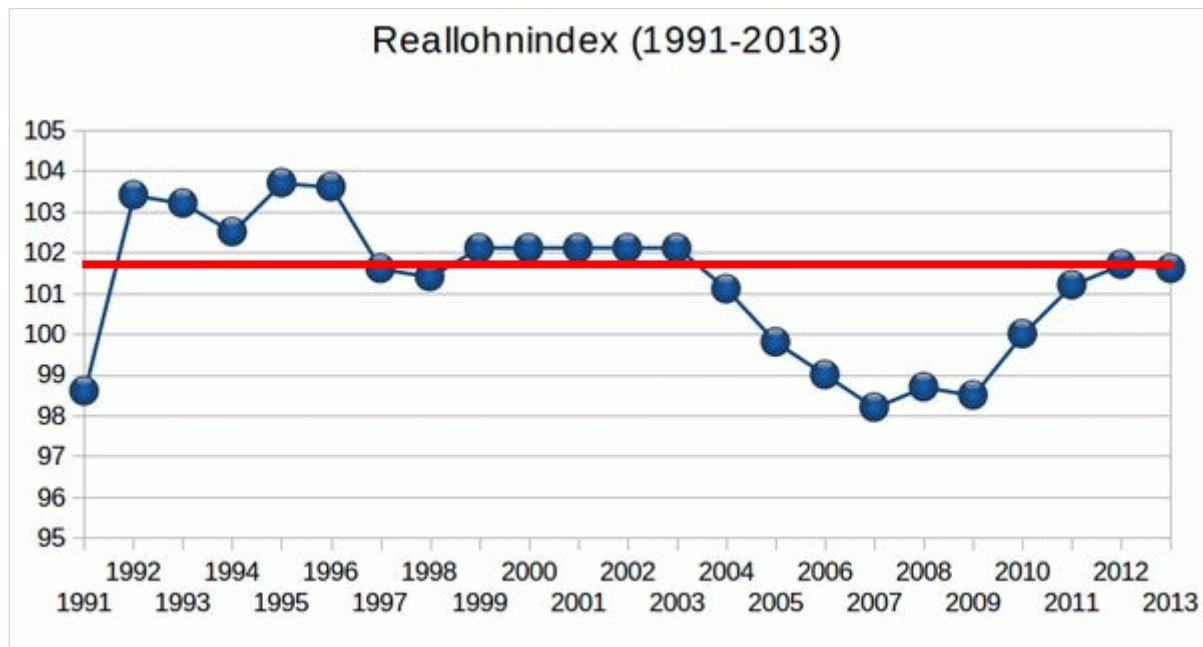
Milliardär befürchtet Revolution der Mistgabeln

Kennen Sie Thurmansbang? Nein? Muss man auch nicht. Thurmansbang ist eine kleine Gemeinde in Niederbayern, im Dreiländereck von Deutschland, Tschechien und Österreich. Es gibt dort ganze 822 Wohngebäude, die sich über 180 Straßen, Wege und Plätze verteilen. Die Steuereinnahmen der Gemeinde betrugen im Jahr 2012 immerhin 1,072 Mio. Euro. Thurmansbang ist, die Einwohner werden mir hoffentlich verzeihen, für die Weltpolitik nicht allzu wichtig. Kein Wunder, denn die Gemeinde hat lediglich 2.325 Einwohner (Stand: 31.12.2012). Soweit bekannt, leben in Thurmansbang keine Milliardäre.

Warum erwähne ich das? Nun, weil es weltweit exakt die gleiche Anzahl an Milliardären gibt: 2.325. Würden alle in Thurmansbang leben, ginge es der Gemeinde sicherlich blendend. Ach was, blendend ist gar kein Ausdruck. (Es sei denn, die Superreichen würden, was anzunehmen ist, kreative Steuervermeidung betreiben.) Die 2.325 Milliardäre verfügen nämlich gemeinsam über ein Vermögen von 7,3 Billionen US-Dollar (5,64 Billionen Euro). [1] Zum Vergleich: Das ist doppelt so viel wie das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Milliardäre um 7 Prozent, deren Vermögen sogar um phantastische 12 Prozent. Das übliche eben: die Reichen werden reicher, die Armen ärmer - der schrumpfende Rest kann froh sein, wenn es zumindest nicht schlechter wird.

Nick Hanauer ist einer dieser Superreichen. Und er warnte vor kurzem angesichts der sozialen Ungleichheit in den USA vor Gewaltausbrüchen. "Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, wo ein derartig extremes soziales Ungleichgewicht nicht irgendwann zu Gewalt geführt hat." [2] Amerika ist seiner Meinung nach keineswegs immun gegen Aufstände, die amerikanischen Milliardäre somit "nicht sicherer als weiland der russische Zar oder die französische Monarchie". Dabei geht es Hanauer gar nicht um Gerechtigkeit, sondern um das Überleben des Kapitalismus, der sich seiner Meinung nach immer mehr zu einer Art Feudalgesellschaft entwickle. Die Gesellschaft betreibe ökonomisches Harakiri: "Wenn wir die Mittelklasse zugunsten der Reichen ausdünnen, dann vernichten wir unsere wirtschaftliche Basis."

Die Löhne der amerikanischen Mittelschicht sind seit der Jahrtausendwende kaum gestiegen. Der Harvard-Ökonom Lawrence Katz bringt das ernüchternde Ergebnis einer Studie auf den Punkt. "'1960 waren wir viel reicher als alle anderen. 1980 waren wir reicher. In den neunziger Jahren gerade noch reicher', so Katz. Aber seit 2010 sei dies nicht mehr der Fall." [3] Der typische neoliberale Trend: "Während die Managergehälter steil nach oben gingen, wurde beim Gros der Beschäftigten gespart." Die amerikanische Mittelschicht wurde deshalb inzwischen von der kanadischen überholt, die Mittelschicht in Großbritannien, Schweden und den Niederlanden hat fast gleichgezogen. Der Studie zufolge gibt es nur ein großes Industrieland, in dem die Entwicklung ähnlich verlief: Deutschland. Hier sind die Löhne zwischen 1995 und 2010 gleich geblieben.



Der Reallohnindex in Deutschland: Er stellt die Veränderung der Verdienste der Preisentwicklung gegenüber und trifft so eine Aussage über die Entwicklung der "realen" Verdienste. (Destatis)

Nichts Neues eigentlich, darauf weisen Kritiker schließlich schon seit vielen Jahren hin. Geändert hat das freilich nichts. Im Gegenteil, nach der "Agenda 2010", die uns dank Rot-Grün Hartz IV, Rentenkürzungen und eine Ausweitung des Niedriglohnsektors gebracht hat, fordern einige bereits eine "Agenda 2020". Von der Union, die bekanntlich schon immer der beste Anwalt des sogenannten "kleinen Mannes auf der Straße" war (Achtung: Ironie!), ist kein Widerstand zu erwarten. Wenigstens die FDP liegt darnieder. Dafür gehen hierzulande immer weniger Menschen wählen, und Rechtspopulisten fahren neuerdings zweistellige Wahlergebnisse ein. In etlichen europäischen Ländern ist eine vergleichbare Entwicklung festzustellen: Nachdem sich in Frankreich die Sozialisten und die Konservativen bis auf die Knochen blamiert und dadurch ins Abseits gerückt haben, kann Marine Le Pen, die Vorsitzende des rechtsextremen Front National, in aller Ruhe die nächsten Wahlen abwarten. In England treibt die europafeindliche United Kingdom Independence Party (UKIP) die Konservativen gehörig in die Enge, in Griechenland werden Neonazis bei den von Perspektivlosigkeit gebeutelten Jugendlichen immer beliebter. [4] Großbritannien, Spanien, Belgien, Italien und Frankreich haben obendrein mit Abspaltungstendenzen zu kämpfen.

Man muss angesichts dessen schon ziemlich ignorant sein, um die Befürchtungen Nick Hanauers nicht zu teilen. Doch was verkündet die Kanzlerin landauf, landab? Deutschland gehe es gut. Na, denn... Ob es wirklich, wie der US-Milliardär befürchtet, zu einem "Aufstand der 99 Prozent" und zu einer "Revolution der Mistgabeln" kommt, steht dahin. Das wurde ja schon oft vorausgesagt. Und bislang haben sich die Schwarzmalen stets geirrt. Wie dem auch sei, die Zeiten werden jedenfalls nicht gemütlicher. Bedauerlicherweise ist Hanauer einer von wenigen seiner Gesellschaftsschicht, die die Gefahr am Horizont heraufziehen sehen. Die Mehrheit rafft, siehe oben, rücksichtslos immer größere Vermögen zusammen. Das kann gutgehen, es kann aber auch schiefgehen. An dieser Stelle fällt mir komischerweise immer der Spruch von Marie Antoinette ein: "Wenn die Armen kein Brot haben, sollen sie Kuchen essen!" Wohin ihr Zynismus führte, ist hinlänglich bekannt.

[1] Handelsblatt vom 17.09.2014

[2] Frankfurter Rundschau vom 15.09.2014

[3] tagesschau.de vom 23.04.2014

[4] taz vom 17.09.2014

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim
URL des Artikels: www.michael-schoefer.de/artikel/ms1377.html